



Berliner Erklärung fordert die Aufnahme von Parität in die Reform des Wahlrechts

Schreiben an Bundestagsabgeordnete von 27. Januar 2026!

Die Berliner Erklärung, als Zusammenschluss von führenden Frauenverbänden und -organisationen, setzt sich mit Nachdruck für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Führungspositionen ein. In der Zusammenarbeit mit Parlamentarierinnen des Bundestags konnten in den vergangenen Jahren wichtige gleichstellungspolitische Weichen gestellt werden, u.a. mit dem Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft.

Dennoch ist Parität noch lange nicht erreicht, in besonderem Maße in den Parlamenten: Im Bundestag sank der Frauenanteil nach der letzten Bundestagswahl auf etwas über 32 Prozent. Auch in den Länderparlamenten und kommunalen Vertretungen sind Frauen durchschnittlich nur zu rund einem Drittel vertreten. Dies spiegelt die gesellschaftliche Realität nicht annähernd wider. Zudem ist zu befürchten, dass es zu weiteren Rückschritten kommt.

Die meisten gleichstellungspolitischen Erfolge der vergangenen Jahre wurden über partei- bzw. fraktionsübergreifende Bündnisse erzielt: Erinnerung sei neben dem erwähnten Führungspositionen-Gesetz an die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe oder jüngst die Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes.

Daran möchten wir anknüpfen und Sie dringlich bitten, sich gemeinsam mit Ihren Kolleginnen aus der SPD bzw. CDU/CSU-Fraktion für Parität in den Parlamenten einzusetzen. Aktuell wird innerhalb der Koalition über die erneute Reform des Wahlrechts verhandelt; der Koalitionsvertrag sieht eine Prüfung vor, wie das Ziel der Parität zu erreichen ist – ohne eine gesetzliche Regelung jedenfalls nicht!

Deshalb benötigen wir gesetzliche Vorgaben ebenso wie Maßnahmen zur Beseitigung der strukturellen Hemmnisse, die Frauen den Weg in Mandate und politische Verantwortung erschweren.

Eine verfassungskonforme Paritätsregelung im Wahlrecht ist möglich, das haben die Diskussionen in der Wahlrechtskommission in der vergangenen Wahlperiode gezeigt. Wir erwarten, dass eine wie auch immer geartete Wahlrechtsreform eine paritätische Vertretung von Frauen im Deutschen Bundestag sicherstellt. Bitte lassen Sie diese ggfs. letztmalige Chance nicht verstreichen!

Ohne Ihre Zustimmung können die Regierungsfaktionen keine Wahlrechtsreform verabschieden. Verdeutlichen Sie den Mitgliedern der Wahlrechtskommission und Ihren Fraktionsführungen, dass ein Paritätsgesetz ein wirksames Instrument ist, um das verfassungsrechtlich verankerte Ziel der Gleichstellung endlich auch im Parlament

durchzusetzen. Eine moderne Demokratie muss sicherstellen, dass Frauen und Männer gleichermaßen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind.

Wir sind bereit, Sie in jeder Hinsicht auf diesem Weg zu unterstützen und appellieren an Sie: Setzen Sie ein klares Zeichen für eine zukunftsorientierte demokratische Ordnung. Wir bauen auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen von allen in der Berliner Erklärung engagierten Organisationen.



Monika Schulz-Strelow
Sprecherin der Berliner Erklärung



Elke Ferner
Stellvertretende Sprecherin



Dr. Helga Lukoschat
Mitglied im Sprecherinnenrat

